



Kosovo

Länderinformation

 Bundesministerium
Europa, Integration
und Äußeres

 AUSTRIAN
DEVELOPMENT
AGENCY

Einleitung

Kosovo erklärte am 17. Februar 2008 seine Unabhängigkeit. Davor stand Kosovo unter der Verwaltung der Vereinten Nationen, die nach dem Kosovokonflikt 1998/99 eingesetzt worden war.

Die Unabhängigkeit wird nach wie vor nicht von allen Staaten anerkannt, darunter auch fünf Mitgliedsstaaten der EU. Insgesamt erkennen 116 Staaten die Unabhängigkeit an.

Seit 2011 unterstützt die EU einen Dialog zwischen Belgrad und Pristina, in dessen Rahmen wichtige Abkommen zur Normalisierung der Beziehung zwischen Kosovo und Serbien geschlossen wurden. Deren Umsetzung steht teilweise noch aus. Fortschritte in diesem Zusammenhang sind eine wichtige Voraussetzung für weitere Schritte im EU-Integrationsprozess beider Länder.

Kosovo ist eines der ärmsten Länder Europas. Wirtschaftlich entwickelt sich das Land mit relativ stabilen und starken Wachstumsraten. Es herrscht jedoch große Armut und hohe Arbeitslosigkeit.

BASISDATEN	
Staatsform	Republik
Unabhängigkeit	17. Februar 2008 (Proklamation)
Staatsoberhaupt	Hashim Thaçi
Regierungschef	Ramush Haradinaj
Fläche	10.887 km ²
Bevölkerung	1,80 Mio.***
Bevölkerungsdichte	166 Menschen pro km ² **
Armutquote	29,7 % (weniger als 2,00 USD pro Tag)** 18 % (weniger als 1,82 EUR pro Tag)***
Arbeitslosigkeit	30,5 % (2017)***
Jährliches BIP-Wachstum	3,6 % (2016)** 4,1 % (2017)***
BIP/Kopf	2015: 3.277 EUR* 2017: 3.436 EUR***
Währung	Euro

Quellen:
 * Kosovo Statistikagentur
 ** Weltbank: Country Database, Stand 2016, <http://data.worldbank.org/country/kosovo>
 *** IMF Report 2017



Internationale Präsenz

Die internationale Präsenz in Kosovo wurde mit der Ausrufung der Unabhängigkeit 2008 schrittweise umorganisiert. Seither schrumpfte die Verwaltung der Vereinten Nationen von mehreren Tausend auf rund 200 Angehörige.

Das Büro der Europäischen Union ist mit insgesamt rund 100 Personen vertreten, die die Kosovo-Politik der EU sowie die EU-Programme umsetzen.

Die EU-Rechtsstaatlichkeitsmission EULEX Kosovo verfügt derzeit über ca. 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie unterstützen den jungen Staat beim Aufbau einer funktionierenden Verwaltung in den Bereichen Justiz, Polizei und Zoll. Das aktuelle Mandat der Mission wurde am 15. Juni 2018 verlängert und läuft noch bis 14. Juni 2020. Seit Jänner 2019 hat EULEX im Justizbereich nur mehr eine Beobachterfunktion. Derzeit gibt es in den EU-Gremien eine Diskussion darüber, in welcher Form EULEX Kosovo weitergeführt werden soll.

Die Mission der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) ist mit rund 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vorwiegend in den Bereichen Demokratisierung und Menschenrechte tätig und auch außerhalb Pristinas sehr präsent. Unter ihr Mandat fällt auch die Unterstützung bei der Durchführung von Wahlen, insbesondere in den serbisch besiedelten Gebieten Kosovos.

Die internationale NATO-Sicherheitspräsenz KFOR besteht derzeit aus ca. 3.500 Soldatinnen und Soldaten. Österreich stellt derzeit mit 600 das größte Nicht-NATO-Kontingent.

Politische Situation

Ein begrenzter Kreis von Personen innerhalb der etablierten Parteien bestimmt die Politik Kosovos seit Kriegsende 1999. Zu den größten Problemen des Landes zählen überbordende Bürokratie, Korruption und vor allem mangelnde Rechtssicherheit. Im Korruptionswahrnehmungsindex von Transparency International liegt Kosovo auf Rang 85 von 180 Staaten. Die Zukunft des jungen Staates hängt maßgeblich von weiteren inneren Reformen im Sinne guter Regierungsführung ab.

Die wichtigsten Parteien sind die Demokratische Partei (PDK), die Demokratische Liga des Kosovo (LDK), die auf den verstorbenen Ex-Präsidenten Ibrahim Rugova zurückgeht, die Allianz für die Zukunft Kosovos (AAK) des derzeitigen Regierungschefs Ramush Haradinaj sowie die Vetevendosje („Selbstbestimmung“) und die serbische Einheitsliste Srpska Lista. Daneben gibt es noch kleinere Parteien, wie die Neue Kosovo Allianz (AKR) des Milliardärs Behgjet Pacolli.

Nach vorgezogenen Neuwahlen im Juni 2017 regiert seit September 2017 eine Koalition aus PDK, AAK, AKR, Minderheitenparteien (darunter auch die Srpska Lista) sowie der kleinen Partei NISMA. Entscheidungsfindungen im Parlament sind oft schwierig. Premierminister ist Ramush Haradinaj, ein früherer Freiheitskämpfer während des bewaffneten Konflikts mit Serbien.

Die Arbeit des Sondergerichtshofes für Kriegsverbrechen

Anfang 2017 hat der Sondergerichtshof für im Kosovo-Krieg begangene Kriegsverbrechen durch die kosovarische Untergrundarmee UÇK seine Arbeit aufgenommen. Erste Anklagen wurden 2018 erhoben. Es ist unklar, welche weiteren hochrangigen kosovarischen Politikerinnen und Politiker eventuell noch mit einer Anklage zu rechnen haben.

Fortsetzung des Dialogs mit Belgrad

Serbien hat die staatliche Unabhängigkeit der meisten ehemaligen Teilrepubliken Jugoslawiens anerkannt. Nicht so jene der ehemaligen Autonomen Provinz Kosovo. Um diese Frage zu lösen, wurde 2011 unter Vermittlung der EU ein politischer Dialog zwischen Pristina und Belgrad gestartet. Dabei tritt die EU als Vermittlerin auf. Das Vertrauen Kosovos und seiner Bürgerinnen und Bürger in die EU generell und in ihre Rolle als Vermittlerin sinkt seit 2018 stetig, da ihre Mitgliedsstaaten insbesondere bezüglich Visaliberalisierung für die Bevölkerung Kosovos keinen einheitlichen Kurs verfolgen.

Der Dialog zwischen Pristina und Belgrad hat nichtsdestotrotz schon einige wichtige Ergebnisse gebracht, etwa gemeinsame Kontrollen an den derzeit sechs Grenzübergängen zwischen Serbien und Kosovo, den Beginn der Zolleinhebung im Norden, die Installierung von Verbindungsbeamtinnen und -beamten in Pristina und Belgrad, die Durchführung von Wahlen im gesamten Staatsgebiet Kosovos (inkl. dem Norden) oder die eigene Telefonvorwahl für Kosovo (Ländercode +383) seit 2019.

Zuletzt ist der Dialog mit Serbien jedoch ins Stocken geraten, weil beide Seiten einander mangelnde Umsetzung der Vereinbarungen vorwerfen. (Etwa die serbische Blockade der Aufnahme von Kosovo in Interpol oder die Verhängung von 100 Prozent Strafzöllen auf Importe aus Serbien und Bosnien-Herzegowina durch Kosovo im November 2018). Bemühungen, den Dialog wieder in Gang zu bringen, blieben bislang ohne konkretes Resultat.

Grenzkonflikt mit Montenegro

Mittlerweile umgesetzt ist das Abkommen über die Grenzdemarkation mit Montenegro, das die Vorgängerregierung am Rande einer Westbalkan-Konferenz in Wien (im Zuge des „Berlin-Prozesses“) am 27. August 2015 unterzeichnet hat. Insbesondere die AAK, die Partei des jetzigen Premierministers Haradinaj, hat das Abkommen in der Vergangenheit scharf kritisiert. Es kam zu gewaltsamen Demonstrationen. Die Gegner befürchteten, dass es durch das Abkommen zu Gebietsverlusten für Kosovo kommen könnte. Das Abkommen war aber eine Voraussetzung für die Visaliberalisierung, die Kosovo jedoch bis dato noch nicht gewährt wurde.

Kosovo und die Europäische Union

Im Zentrum der kosovarischen Außenpolitik steht die schrittweise Integration in das euroatlantische Gefüge. Einer der größten Erfolge der kosovarischen Regierung auf dem Weg der EU-Annäherung war der Abschluss des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens, das am 1. April 2016 in Kraft trat. Es ist die erste vertragliche Beziehung zwischen Kosovo und der EU. Im letzten Fortschrittsbericht der EU wurden Kosovo hinsichtlich der Umsetzung des Abkommens markante Fortschritte attestiert.

Weitere Fortschritte bei der Bekämpfung von organisierter Kriminalität und Korruption zählen unter anderem zu den ausstehenden Kriterien für die Visaliberalisierung seitens der EU.

10 Jahre Unabhängigkeit

Am 17. Februar 2018 war der 10. Jahrestag der Unabhängigkeit Kosovos. Tausende Kosovarinnen und Kosovaren begehen diesen Feier- und Festtag jährlich in feierlicher Stimmung. In Serbien und speziell in Belgrad löst das stets heftige Demonstrationen und auch Ausschreitungen seitens radikaler Gruppierungen und Bewegungen aus. Trotz zahlreicher Herausforderungen, die Kosovo noch zu bewältigen hat, wie etwa der Kampf gegen Korruption und organisierte Kriminalität oder die weiterhin viel zu hohe Arbeitslosigkeit, gibt es auch spürbare Fortschritte: etwa beim raschen Ausbau der Infrastruktur und des Straßennetzes und im Bereich der guten Regierungsführung. Auch das Investitionsklima hat sich markant verbessert.

Wirtschaft

Die wirtschaftliche Lage Kosovos ist trotz stetigen Wirtschaftswachstums schwierig. Das Wachstum reicht nicht aus, um tausende auf den Arbeitsmarkt drängende Leute, insbesondere viele Akademikerinnen und Akademiker, zu beschäftigen. Die Arbeitslosenrate liegt bei rund 30 Prozent. In der Gruppe der 15- bis 24-Jährigen sogar bei rund 60 Prozent. Das durchschnittliche Einkommen liegt bei ca. 450 Euro im Monat. Laut Weltbank leben derzeit etwa 30 Prozent der Bevölkerung von weniger als 2 US-Dollar pro Tag.

Wachstumsbranchen sind der Bau-, Dienstleistungs-, Banken- und Versicherungssektor sowie die Mobiltelekommunikation. Hauptmotoren der Wirtschaft sind Transferleistungen der Diaspora (600-800 Mio. Euro bzw. 15-20 Prozent des BIPs), Kapitalinvestitionen, Auslandsinvestitionen, Investitionen der Regierung sowie die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft. Korruption und mangelhafte Verwaltungsstrukturen hemmen den wirtschaftlichen Fortschritt. Problematisch ist auch das weiterhin große Handelsdefizit: Im Jahr 2016 hat Kosovo Waren im Wert von 309 Mio. Euro exportiert. Der Wert der importierten Waren lag bei rund 2,7 Mrd. Euro.

Menschenrechte und Situation der Minderheiten

Der Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission vom November 2018 räumte Kosovo ein, dass der Rechtsrahmen den Schutz der Grund- und Menschenrechte im Großen und Ganzen garantiert. Probleme gibt es jedoch noch bei der Garantie von Eigentumsrechten, insbesondere bei Erbschaften, bei der Rückkehr und Reintegration von Vertriebenen und beim Schutz des kulturellen Erbes. Die schwache Durchsetzung der Menschenrechte in Kosovo hat vor allem im Norden zum Teil mit zu wenig politischem Interesse zu tun. Sie ist jedoch ebenso ein Problem von zu wenigen Ressourcen in vielen Bereichen. Insbesondere hält der Bericht noch folgende Bereiche fest, in denen dringender Nachholbedarf besteht: beim Schutz von Frauenrechten bzw. der Gewalt gegenüber Frauen, bei den Rechten von Menschen mit Behinderungen und bei der Umsetzung von Strategien und gesetzlichen Bestimmungen im Bereich des Minderheitenschutzes. Hierbei sind in den letzten Jahren jedoch erhebliche Fortschritte zu verzeichnen (auch bei den Rechten von LGBTI).

Entwicklungspolitik

Erklärte Ziele Kosovos sind die Visaliberalisierung, die EU-Integration und die UN-, Interpol- und NATO-Mitgliedschaft. Sämtliche Politikbereiche Kosovos sind von diesen Zielen bestimmt und seit 2016 in einem Entwicklungsplan festgehalten. Herausforderungen bei der Umsetzung des Planes sind schwache Institutionen, politische Einflussnahme, Uneinigkeit der EU bzw. deren Mitgliedsstaaten sowie Einzelinteressen mancher Geber.

Entwicklungszusammenarbeit zwischen Österreich und Kosovo

Österreich ist ein langjähriger, enger Partner Kosovos. Diese Verbundenheit geht auf die Geschichte zurück und auf das Bemühen Österreichs um eine europäische Perspektive für die Region, die Anerkennung der Eigenstaatlichkeit Kosovos im Jahr 2008 und die Unterstützung seit den schwierigen 1990er-Jahren.

Kosovo ist seit 1999 Schwerpunktland der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit. Seit der Unabhängigkeit Kosovos und der Aufnahme von diplomatischen Beziehungen am 20. März 2008 gibt es in Pristina eine Österreichische Botschaft und ein Auslandsbüro der Austrian Development Agency, der Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit. Vor 2008 war dieses eine Außenstelle des Auslandsbüros in Belgrad.

Anfänglich konzentrierte sich die Kooperation vor allem auf Notmaßnahmen in den Bereichen Basisinfrastruktur (Wasser, Straßen, etc.) und humanitäre Hilfe, später (ab den 2000er Jahren) vermehrt auf Bereiche wie Bildung, Demokratisierung und Menschenrechte sowie wirtschaftliche Entwicklung, vor allem im ländlichen Raum.

Aktuell unterstützt Österreich insbesondere:

- den Bildungssektor
- den nachhaltigen Aufbau der kosovarischen Institutionen im Sinne guter Regierungsführung (Kapazitätsentwicklung)
- die Wirtschaft (etwa die Unterstützung von Klein- und Mittelbetrieben und des Arbeitsmarktes)
- eine starke Zivilgesellschaft

Die gegenwärtige Phase der Transformation ist bedeutend für die Entwicklung demokratischer Werte sowie etwa der Gleichberechtigung von Männern und Frauen, von Gender Mainstreaming, des Minderheitenschutzes und der Minderheitenrechte, der für den Arbeitsmarkt relevanten Berufsausbildung, des Bologna-Prozesses im Bereich Universitätsausbildung, sowie der Rechtsstaatlichkeit und einer funktionierenden Marktwirtschaft.

Öffentliche Entwicklungshilfeleistungen Österreichs

Die gesamten öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen Österreichs¹ (ODA) an Kosovo betragen von 2008 bis 2017 100,04 Mio. Euro. Die Leistungen der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (OEZA) im gleichen Zeitraum beliefen sich auf 22,27 Mio. Euro.

ODA Österreichs an Kosovo, Auszahlungen in Mio. Euro

	2012	2013	2014	2015	2016	2017
bilaterale ODA gesamt in Mio. Euro an Kosovo	8,78	9,44	10,01	6,64	7,84	6,57
in % der bilateralen Gesamt-ODA	2,10	2,31	2,09	0,94	0,88	1,23
OEZA/ADA an Kosovo in Mio. Euro	2,23	2,32	2,69	2,53	2,58	2,56
OEZA/ADA an Kosovo in % der ges. OEZA/ADA-Leistungen (ODA)	3,37	2,73	3,49	3,42	3,27	2,75

Quelle: ADA-Statistik

¹ BMF, BMBWF, BMDW, BMI, BMEIA u. a.; Länder, Städte und Gemeinden

Projektbeispiele

Bildung

Die Hälfte der kosovarischen Bevölkerung ist jünger als 30 Jahre. Die Austrian Development Agency (ADA), die Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, unterstützt daher den Aufbau und die Modernisierung des Bildungssystems. Das österreichische Engagement konzentriert sich auf den Hochschulbereich und berufliche Bildung.

Gerüstet für den Job

Das Projekt „Aligning Education with labour market needs“ (ALLED I + II) macht Bildungsprogramme von berufsbildenden Schulen und Hochschulen relevanter für den Arbeitsmarkt und passt den Europäischen Rahmen für Schlüsselkompetenzen an.

Eine eingehende Analyse des kosovarischen Arbeitsmarktes machte die Schlüsselsektoren IT, Landwirtschaft, Lebensmittelverarbeitung und Maschinentechnik aus. In diesen Bereichen ist das Potenzial an Arbeitsplätzen landesweit am höchsten. Das Projekt konzentrierte sich demnach darauf, die Ausbildungen für diese Bereiche gezielter auszurichten und zu verbessern. Neben systemischen Reformen erhielten ausgewählte Schulen Ausrüstung, damit die Schülerinnen und Schüler praktische Erfahrungen sammeln können.

Mehrere Firmen halfen, die Lehrpläne künftig mehr nach den Bedürfnissen der Betriebe auszurichten. Außerdem bieten sie Praktika an. Konkret profitieren 2.500 Berufsschülerinnen und -schüler und 3.000 Studierende vom Projekt. Der kosovarische Bildungssektor, Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber und beteiligte Ministerien ziehen ebenfalls indirekt einen Nutzen daraus.

Platz für Minderheiten

Das Projekt „Integration of Kosovo Minorities through Education, Dialogue, and Involvement in Municipal Decision Making Processes“ verbesserte die Einbindung von Roma, Ashkali sowie Ägypterinnen und Ägyptern in 17 kosovarischen Gemeinden. Es zielte darauf ab, das Ausbildungsniveau von Kindern und auch Erwachsenen zu erhöhen und das Recht auf Bildung umzusetzen.

Kinder wurden abseits des regulären Schulunterrichts durch spezielle Fördermaßnahmen unterstützt und sollten besser ins staatliche Schulsystem eingebunden werden. Auch die Erwachsenenbildung erhöhte die wirtschaftlichen Chancen der Betroffenen. Gemeinsame Aktivitäten für Kinder und Jugendliche dienten dem Abbau ethnisch motivierter Stereotype. Sportliche Unternehmungen standen im Vordergrund.

Vertreterinnen und Vertreter von Minderheiten sollten außerdem verstärkt an Entscheidungsprozessen auf Gemeindeebene mitwirken. Es wurden Arbeitspläne erarbeitet und Arbeitsgruppen in den Gemeinden eingerichtet. Das verbesserte die Umsetzung der nationalen Strategie zur Integration der Roma, Ashkali sowie Ägypterinnen und Ägyptern auf lokaler Ebene. Das Projekt unterstützte somit die Regierung dabei, zentrale Forderungen der EU zur Minderheitenintegration anzugehen.

Rund 1.700 Kinder und weitere 300 Personen profitierten von den Maßnahmen.

Die drei lokalen zivilgesellschaftlichen Partner waren: Balkan Sunflowers Kosovo (BSK), The Ideas Partnership (TIP) und Play International (PI).

Vertragspartner:
EU, ein Konsortium rund um BIT Management

Lokaler Projektpartner:
Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Technologie, Ministerium für Arbeit und Soziale Wohlfahrt, Universität Pristina, Berufsschulen

Laufzeit:
02/2015–10/2017
03/2019–09/2022

EU-Beitrag:
insg. 6,6 Mio. Euro

ADA-Beitrag:
insg. 1.400.000 Euro

Vertragspartner:
Balkan Sunflowers Kosovo

Laufzeit:
10/2013–02/2019

ADA-Beitrag:
790.000 Euro

Higher Education and Research and Applied Sciences in Kosovo (HERAS)

Das Projekt „Hochschulen, Forschung und Angewandte Wissenschaften in Kosovo“ leistet einen Beitrag zur Funktionsweise der Hochschulbildung und Forschung in Kosovo. Nach den Grundsätzen des Europäischen Hochschulraums und des Europäischen Forschungsraums soll die sozioökonomische Entwicklung des Landes unterstützt werden.

Das Projekt konzentriert sich vor allem auf die folgenden drei Ebenen:

- Die Richtlinienenebene: Dabei geht es um den gesetzlichen und politischen Rahmen der Hochschulbildung und Forschung. Es soll sich etwa deren Qualität und Effektivität verbessern. Entscheidungen in diesem Sektor sollen transparent und korrekt ablaufen.
- Die Universitätsebene: Die Hochschulbildung soll sich auf die Lernenden und auf den Arbeitsmarkt konzentrieren. Grundlage sollen modernste Methoden und Qualitätsmaßnahmen nach europäischen Standards sein.
- Die Forschungsebene: Fakultäten, Institute sowie Einzelforscherinnen und Einzel Forscher sollen sich verstärkt an internationalen Forschungs Kooperationen beteiligen. Die Kapazitäten in der Lehre und Forschung sollen sich durch Stipendien und Forschungsprojekte verbessern.

Darüber hinaus befasst sich das Projekt mit der Situation von Studierenden aus marginalisierten Gesellschaftsgruppen. Sie sollen Zugang zur Hochschulbildung erhalten. Das soll Hindernisse in Bezug auf soziale, kulturelle und wirtschaftliche Hintergründe ausräumen.

Die Zielgruppen in Kosovo sind das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Technologie sowie die wichtigsten Träger für Bildung und Forschung, 16 Personen aus der Hochschulbildung und aus Wissenschaftsabteilungen, die Kosovo-Akkreditierungsagentur mit neun Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie öffentliche Hochschulen in Kosovo mit insgesamt über 82.000 Studierenden, darunter Studierende aus marginalisierten und unterrepräsentierten Gruppen.

Ländliche Entwicklung

Regionalentwicklung im Süden Kosovos

Durch die Stärkung der Gemeindestrukturen in südlichen Regionen Kosovos (Dragash/Dragaš, Shtërpçë/Štrpce und Viti/Vitina) trägt dieses Projekt zur wirtschaftlichen Entwicklung und zur Armutsminderung bei. Ziel des Projektes ist es, die Versorgungsleistungen von ländlichen Gemeinden zu verbessern. Außerdem werden lokale Betriebe gestärkt. Es ist wichtig, dass dies in einer geschlechtergerechten, sozial integrativen und umweltverträglichen Weise passiert. Die informelle Überlebensökonomie soll sich zu einer marktorientierten Wirtschaft entwickeln und Arbeitsplätze schaffen.

Konkret unterstützt das Projekt Bäuerinnen und Bauern der Region mit spezialisierten Ausbildungs- und Lernprogrammen und mit Wissensaustausch. Es fördert außerdem rund 450 landwirtschaftliche Kleinst- bis Mittelbetriebe und Einzelpersonen bei der Geschäftsentwicklung, und zwar mit Krediten und durch Know-how im Bereich Branding- und Qualitätsstandards.

Neben den Unternehmen profitieren auch das Gemeindepersonal, Unternehmensneugründerinnen und -gründer sowie neu angestellte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vom Projekt. Insgesamt sollen rund 1.450 neue Arbeitsplätze entstehen und sich die Lebensumstände von etwa 6.400 Menschen verbessern.

Vertragspartner:

World University Service

Lokaler Projektpartner:

Ministerien für Unterricht, Wissenschaft und Technologie und die staatliche Universität Kosovo

Laufzeit:

11/2016–10/2019

ADA-Beitrag:

1,8 Mio. Euro

Vertragspartner:

United Nations Development Programme

Lokaler Partner:

Gemeinde Dragash/Dragaš, Shtërpçë/Štrpce, Viti/Vitina

Laufzeit:

01/2014–01/2020

ADA-Beitrag:

3,25 Mio. Euro

Entwicklungsschub für Suva Reka

In der Region um die Gemeinde Suharekë/Suva Reka im Südwesten des Landes ist die Landwirtschaft für rund 80 Prozent der Bevölkerung Haupteinnahmequelle.

Im Mittelpunkt eines Projekts der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit steht die Förderung integrierter, eigenständiger und nachhaltiger ländlicher Entwicklung. Es konzentriert sich dabei auf landwirtschaftliche Betriebe und Kleinbauernhöfe. Die Landwirtinnen und Landwirte erhalten etwa finanzielle Zuschüsse und Ratschläge, wie sie besser auf die bestehende Nachfrage eingehen. So können sie die Produktion erhöhen und bessere Erträge erzielen.

Direkte Zielgruppe sind Vertreterinnen und Vertreter der öffentlichen Verwaltung und des Gemeindeentwicklungszentrums in Suharekë/Suva Reka, rund 1.800 Kleinbäuerinnen und -bauern mit wenig finanziellen und technischen Ressourcen, 147 von Frauen geführte Haushalte sowie 170 arbeitslose Jugendliche. Darüber hinaus profitieren auch fünf bestehende Bauernvereinigungen, zivilgesellschaftliche Organisationen und angehende Unternehmen im Landwirtschaftsbereich von dem Projekt.

Das Projekt baut auf den Erfolgen eines früheren Projektes auf. Dessen Ziel war es, die lokalen Strukturen zu stärken, insbesondere der Gemeindeverwaltung und der Landwirtschaftstreibenden. Dies wurde erreicht durch den Aufbau eines Entwicklungszentrums der Gemeinde:

- zur Stärkung der Kompetenzen von Vertreterinnen und Vertretern der Gemeinde sowie anderer Akteure betreffend Regionalentwicklung
- zur Bereitstellung von Mitteln zur Finanzierung lokaler Entwicklungsmaßnahmen

Mehr als 4.000 Landwirtinnen und -wirte erhielten technische Hilfe. Es konnten rund 900 Arbeitsplätze geschaffen werden.

Reintegration und Frauen stärken

Back home - and now?

Das Projekt „Back home and now?“ hatte zum Ziel, den Migrationsdruck auf Kosovo zu verringern und die Reintegration von Rückkehrerinnen und Rückkehrern in die kosovarische Bevölkerung zu ermöglichen. 120 sozial benachteiligte Familien erhielten Unterstützung dabei, einen Arbeitsplatz oder eine eigenständige Tätigkeit zu finden. Der Fokus lag dabei auf Frauen. Sie erhielten maßgeschneiderte Ausbildungen und kurzzeitige Hilfgelder. So bekamen etwa vier Frauen Nähmaschinen, damit sie wieder als Schneiderinnen arbeiten können.

Die Betroffenen waren während der Auswanderungswelle Ende 2014/Anfang 2015 aus den Gebieten um Mitrovica, Ferizaj und Pristhina ausgewandert und in den Jahren 2015/2016 zurückgekehrt.

Vertragspartner:
Local Development Fund
Lokaler Projektpartner:
Gemeinde Suharekë/
Suva Reka
Laufzeit:
12/2014–01/2020
ADA-Beitrag:
1,01 Mio. Euro

Vertragspartner:
Care Österreich
Laufzeit:
12/2009–12/2012
ADA-Beitrag:
3,65 Mio Euro

Vertragspartner:
Österreichische Caritaszentrale
Lokaler Projektpartner:
Mother Theresa Society
Laufzeit:
12/2015–11/2017
ADA-Beitrag:
360.000 Euro

Kosovo Women´s Network

Das von der ADA unterstützte kosovarische Frauennetzwerk hilft insbesondere Frauen in ländlichen Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit einen Job zu finden. Damit verbessern sich ihre Lebensbedingungen und ihre Stellung in der Gesellschaft. Das traditionelle gesellschaftliche Rollenbild soll durch Informationsarbeit aufgebrochen werden.

Das Netzwerk unterstützte etwa junge Frauen aus der Region Dragash/Dragaš dabei, ihre Anliegen beim Bürgermeister vorzubringen. Das zeigte Erfolg: Die Gemeinde wird berufsbildende Kurse und Sekundarbildung für Frauen finanzieren.

Von den Lobbyaktivitäten und Initiativen, auch verschiedener Mitgliedsorganisationen des Frauennetzwerks, profitieren rund 4.000 Frauen, Mädchen und Kinder, sowie Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft.

Regionalprojekt

Qualitätsjournalismus für mehr Transparenz

Das Balkan Investigative Reporting Network (BIRN) ist eine der bekanntesten und bestvernetzten zivilgesellschaftlichen Organisationen Südosteuropas für investigativen Journalismus. Von Kosovo ausgehend setzt BIRN mit Unterstützung der ADA eine Initiative für mehr Transparenz in Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Moldau, Montenegro und Serbien um.

Dabei geht es darum, das Fehlverhalten von Regierungen, öffentlichen und privaten Unternehmen sowie von Einzelpersonen aufzudecken und diese Informationen der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Dafür erstellt BIRN frei zugängliche Datenbanken mit Dokumenten öffentlichen Interesses. Außerdem bildet es Medienvertreterinnen und -vertreter in investigativem Journalismus aus. Davon profitieren rund 85 erfahrene Journalistinnen und Journalisten sowie 30 Studierende des Lehrgangs Journalismus der Universität Prishtina.

Wirtschaftspartnerschaften

Bessere Umweltbilanz für Molkerei-Betriebe

Das Projekt hat zum Ziel, die Milch-Wertschöpfungskette zu optimieren und die Umweltbilanz von Molkereibetrieben in Kosovo zu verbessern. Und zwar mithilfe der Methode „Resource Efficient and Cleaner Production“ der Vereinten Nationen.

Die Betriebe bekommen Unterstützung dabei, ihre Produktionsprozesse umweltfreundlicher und energiesparsamer zu gestalten. Dafür erhalten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Trainings zu neuen umwelt- und energiesparsamen Techniken und besserer Abfallwirtschaft. Sie bekommen auch Wissen rund um neue Nebenprodukte wie etwa Molke oder zur Möglichkeit von EU-Finanzierungen.

All das optimiert die Milch-Wertschöpfungskette und führt langfristig zu höherer Wirtschaftlichkeit.

Vertragspartner:
Kosovo Womens Network
Lokaler Projektpartner:
Kosovo Womens Network
Laufzeit:
12/2012–12/2020
ADA-Beitrag:
1.252.800 Euro

Vertragspartner:
Balkan Investigative Reporting Network
Laufzeit:
10/2013–12/2019
ADA-Beitrag:
1.009.600 Euro

Vertragspartner:
Yuniko B.V
Laufzeit:
02/2017–01/2019
ADA-Beitrag:
200.000 Euro

Bio-Dünger für Kosovo

Ziel des Projektes ist es, eine Produktion für qualitativ hochwertigen Bio-Dünger in Kosovo aufzubauen. Abgesetzt werden soll er am lokalen und am EU-Markt. Außerdem fördert das Projekt die biologische und umweltschonende Landwirtschaft.

Konkret schafft es Kapazitäten in der Produktion durch den Aufbau einer Anlage zur Herstellung von Bio-Dünger. Es baut ein Partnernetzwerk zur Versorgung mit landwirtschaftlichem, organischem Abfall auf, der so gewinnbringend verwertet werden kann. Vertreterinnen und Vertreter des Ministeriums für Landwirtschaft, Forstwirtschaft und ländliche Entwicklung und des Regionalen Umweltzentrums werden zum Thema Bio-Dünger sensibilisiert. Sie erhalten etwa Know-how rund um dessen Vorteile, damit sie seinen Einsatz verstärkt fördern. Landwirtinnen und -wirte bekommen Schulungen, damit sie die Düngemittel richtig anwenden können. Außerdem bereitet das Projekt ein Vertriebsnetz für Bio-Dünger vor.

Durch das Projekt bekommen 1.075 kosovarische Landwirtinnen und Landwirte Zugang zu Bio-Dünger. Es entstehen neue nachhaltige Einnahmequellen. Auch die Umwelt profitiert durch eine Alternative zu mineralischen Düngemitteln. Im Rahmen des Projektes werden im Sinne der lokalen Wertschöpfung mindestens 9.000 Tonnen Bio-Dünger aus Abfällen produziert und vertrieben. Außerdem werden 5.000 saisonale Jobs geschaffen.

Fortschrittliche IT-Systeme für kosovarische Unternehmen

Das Ziel dieser Wirtschaftspartnerschaft ist es, kleine und mittlere Unternehmen sowie Start-ups in Kosovo durch spezielle Software und Know-how-Transfer zu unterstützen. Prozesse in Buchhaltung und Rechnungswesen, Enterprise-Resource-Planning, Management von Wertschöpfungsketten und Kundenbeziehungen usw. werden dadurch effizienter und transparenter. 200 lokale Firmen sollen von den neuen Softwarelösungen profitieren und damit gewinnbringend arbeiten. Ihr Umsatz soll sich um 20 Prozent steigern.

Zusätzlich bekommen die Firmen sowie vier Innovation Hubs und Start-up-Zentren Unterstützung im Bereich Management und Planung, etwa beim Finanzmanagement oder der Erstellung von Geschäftsplänen. Das alles ist auf die neue Software abgestimmt.

Vertragspartner: Arbeitsgemeinschaft – Dutch Milling Technology International
Laufzeit: 08/2017–07/2020
ADA-Beitrag: 500.000 Euro

Vertragspartner: Verpura GmbH
Laufzeit: 04/2017–03/2020
ADA-Beitrag: 182.000 Euro

Service

Wichtige Adressen

Österreichische Botschaft Pristina

Ahmet Krasniqi 22, Arberia / Dragodan I,
10000 Pristina

Tel.: +383 38 24 92 84

Fax: +383 38 24 92 85

E-Mail: pristina-ob@bmeia.gv.at

www.aussenministerium.at/pristina

Koordinationsbüro für Technische Zusammenarbeit der Österreichischen Botschaft Pristina

Nazim Hikmet 6, Arberia / Dragodan I,
10000 Pristina

Tel.: +383 38 248 151

Fax: +383 38 248 151

E-Mail: pristina@ada.gv.at

Botschaft der Republik Kosovo

Goldegggasse 2/14
1040 Wien

Tel.: +43 1 5031177

Fax: +43 1 503177-20

embassy.austria@rks-gov.net

Konsularabteilung

Goldegggasse 2/13
1040 Wien

Tel.: +43 1 5047400

Fax: +43 1 5047400-20

consulate.vienna@rks-gov.net

Links

Österreichische Entwicklungszusammenarbeit

<https://www.entwicklung.at/laender/suedosteuropa/kosovo/>

Österreichische Botschaft Pristina

<http://www.bmeia.gv.at/botschaft/pristina.html>

Reiseinformation Kosovo (Republik Kosovo)

<https://www.bmeia.gv.at/reise-aufenthalt/reiseinformation/land/kosovo/>

Regierungsportal Kosovo

<https://www.rks-gov.net/EN/f43/republic-of-kosovo/government>

https://eeas.europa.eu/delegations/kosovo_en

EU in Kosovo

<http://eeas.europa.eu/delegations/kosovo>

OSZE-Mission in Kosovo

<http://www.osce.org/kosovo>

United Nations Mission in Kosovo

<https://unmik.unmissions.org/>

UNDP Kosovo

<http://www.ks.undp.org>

KFOR

<https://shape.nato.int/ongoingoperations/nato-mission-in-kosovo-kfor->

<http://www.bundesheer.at/ausle/kfor/index.shtml>

Nachrichtenportale

<http://kallxo.com> / <http://www.koha.net> / <http://zeri.info> / <http://prishtinainsight.com/>